

Eine "Krise" und ihre Perspektiven

EIN "SCHIESSKRIEG" IM SÜDATLANTIK?

5 Seit Großbritannien seine halbe Flotte Richtung Südatlantik in Marsch gesetzt hat, um "den frech gewordenen Argies eine Lektion zu erteilen", herrscht in der zivilisierten Menschheit der freien Welt und ihrer kritischen demokratischen Öffentlichkeit gespannte Erwartung: Kriegt man jetzt endlich ,mal eine richtige ordentliche "konventionelle" Seeschlacht vorgeführt einen überschaubaren, 14 Tagesreisen entfernten und vor allem durch und durch gerechten "Schießkrieg" auf dem gehobenen Niveau britischer Kampfeskunst?

10 Von Empörung über die Lässigkeit, mit der da die Regierung des EG-Partners kein bißchen skrupulöser, im Gegenteil noch offensiver als die argentinische Militärdiktatur über Menschenleben verfügt, keine Spur; noch weniger von Angst oder Erschrecken darüber, wie geradlinig die stets als Friedensgarantie beschworene Entschlossenheit zur "Abschreckung" eines übermütigen Gegners in einen Krieg hineinführt - "wenn es nicht doch noch in letzter Minute

15 gelingt,... " usw, Kritik wird nur unter einem sehr speziellen, ausgewählten Gesichtspunkt laut: als Bedenken, ob denn ein bewaffneter Konflikt zwischen Freunden der USA, zwei Staaten also, die schon dadurch als "Stützpfiler" - wenngleich sehr unterschiedlichen Ranges - der westlichen Freiheit ausgewiesen sind und bislang auch miteinander "befreundet" waren, gerade heute überhaupt noch in die weltpolitische Landschaft paßt, und ob nicht Großbritannien seine viel

20 wichtigere Rolle innerhalb der NATO zugunsten einer ganz aparten Gegnerschaft gegen einen *bloß nationalen* Feind vernachlässigt. Völlig in Ordnung wäre speziell für Englands westdeutschen EG-Partner und NATO-Verbündeten die Welt erst dann wieder, wenn sich hinter Argentiniers Zugriff auf die Falkland-Inseln *der Feind* als eigentlicher Urheber ausmachen ließe - deswegen wird eine sowjetische Machenschaft von einer beflissenen Presse auch gleich dorthin

25 erfunden. Sogar die Karikaturisten zweier so verschiedener seriöser Zeitungen wie der "Frankfurter Allgemeinen" und der "Süddeutschen" kommen an demselben Wochenende ganz freiheitlich, pluralistisch und ohne jede Absprache oder Manipulation zu haargenau dem gleichen Einfall:

30 So geht die bedingungslose britische Kriegsbereitschaft für den wohlgezogenen bundesdeutschen Weltverstand fraglos in Ordnung; so kann man sie sich als leuchtendes Vorbild bedenkenlos zu Herzen nehmen!

Was wollen die Briten auf den Malvinas?

35 *Dort sein* wollen sie; so machtvoll, daß kein argentinischer Soldat sich dort mehr hintraut oder noch halten kann; die britische Fahne aufpflanzen und dafür sorgen, daß die Einwohner auf der Straße weiterhin links fahren dürfen. Und das wollen sie so unbedingt, daß ihnen eine mittlere Seeschlacht dafür kein zu hoher Preis ist. Als hätte sie es in ihrer eigenen freien Entscheidung, die Argentinier zum Rückzug zu zwingen, mit einem unumstößlichen Naturgesetz zu tun, bezeichnet die britische Regierung einen Kampf als "*unvermeidlich*", sofern die feindlichen Truppen nicht

40 rechtzeitig wieder abziehen. Als Kriegsgrund für Großbritannien reicht der schiere Verweis auf die

stattgefundene argentinische Invasion; die Entschlossenheit, diese nicht zu dulden, ist von einer solchen Selbstgerechtigkeit, daß sie sich jede Nachfrage verbittet - ein wahres Musterbild nationaler Kriegsbereitschaft.

5 Bloß: *warum* wollen sie denn nun partout dort sein, die Briten, und um keinen Preis leiden, daß ein argentinischer Gouverneur die Malvinas regiert?

10 Als normale Arbeiter, Hausfrauen, Studenten oder Rentner genommen, haben die Briten dafür wirklich *keinen* Grund. Nicht einmal als Feriengegend steht der Südatlantik bei ihnen in Kurs, die Schafe gehören ihnen sowieso nicht, und wenn sie durch irgendetwas mit Gewißheit ärmer werden, dann nicht durch die argentinische Be-, sondern durch die britische Entsetzung der fernen Inseln. *Für die* sind sie aber, und zwar zu mindestens drei Vierteln sehr nachdrücklich - eben als Briten, als Amateure des Staatszwecks, den ihre regierenden Profis definieren. Bloß: worin liegt dieser Zweck?

15 Im *Erdöl*, das "Bild" und andere Zeitungen gleich am zweiten Tag auf dem südatlantischen Meeresgrund in riesigen Mengen ("Wahrscheinlich zehnmal mehr als in der Nordsee": "Bild" vom 3.4.) und als Kriegsgrund ("Die Queen schickt ihren Sohn für Öl in den Kampf": AZ-Schlagzeile vom 3.4.) ausgemacht haben, *sicher nicht*. Der Zugriff auf Reichtümer dieser Art ist in der Welt des modernen Imperialismus doch schon längst ganz anders und für die kapitalistischen Nationen viel effektiver geregelt als dadurch, daß der Nutznießer unbedingt mit *seinen* Polizisten, seinen Verwaltungsbeamten und seinen Hoheitszeichen *vor Ort* sein müßte.

20 Diese Nationen, deren heimische Ökonomie die Naturschätze der ganzen Welt *rentabel* zu *benutzen* vermag, finden für diesen Zweck in einer fremden Souveränität über die einschlägigen Lagerstätten doch keine Schranke mehr, die ihr Interesse beschränkt. Die ortsansässigen Staatsgewalten können in aller Regel ihre Souveränität nur dadurch finanzieren, daß sie den kapitalistischen Interessenten den reibungslosen und preiswerten *Abtransport* alles dessen garantieren, womit die Nation ihres Herrschaftsgebietes zufälligerweise gesegnet ist - um die "handelsübliche" politische Rente, die sie dafür beziehen, führt ein moderner Staat doch keinen Krieg! Was speziell die argentinische Staatsgewalt betrifft: die hat ihre schrankenlose "Kooperationsbereitschaft" längst in solchem Maße bewiesen, daß auswärtige Geldanleger, insbesondere britische Banken, mit Krediten in Höhe von über 30 Milliarden Dollar die

30 Ökonomie des Landes komplett im Griff haben. Wie sollte sich das schlagartig ändern können? Zwar lassen auch argentinische Kriegsschiffe sich schwerlich durch britische Gerichtsvollzieher pfänden; ohne die Bereitschaft der westlichen Staaten aber, das Land und sein lebendes und totes Inventar weiterhin geschäftlich zu *benutzen* - z.B. auch durch Weizenexporte in die UdSSR, an denen Euro-Banken sich dumm und dämlich verdienen! -, käme der entschlossensten Militärjunta sehr rasch die ökonomische Basis all ihrer kriegerischen Pracht abhanden; vom Nachschub an Munition und Gerät ganz zu schweigen. Was ist da schon die politische Hoheit über die Malvinas ökonomisch wert, läge darunter selbst ein ganzes Erdöl-Meer - gegen die *ökonomische Kontrolle und politische Benutzung der souveränen argentinischen Staatsgewalt selbst?*

40 Ökonomisch gibt es für Großbritannien durch einen siegreichen Kampf um seine südatlantischen Inseln also nichts zu gewinnen: Für die sagenhaften - bislang wirklich bloß sagenhaften - Bodenschätze des Antarktisviertels, auf das Großbritannien unter dem Titel "Falkland Dependency"

gewisse Hoheitsansprüche angemeldet hat, die ihm ebenfalls von Argentinien - und Chile bestritten werden, gilt das eben Gesagte, und zwar erst recht, weil für deren Hebung nun ganz gewiß Reichtümer vonnöten sind, wie sie ein Land wie Argentinien ohnehin nie zusammenbringt - bzw. nur, soweit es sich als Sachwalter und Schuldner kapitalkräftiger Nationen bewährt. Im übrigen haben sich Argentinien's Generäle bei aller Kompromißlosigkeit in der Frage der nationalen Souveränität über die Inseln in Sachen Ausbeutung noch zu erschließender Reichtümer nicht zuletzt aus dem oben genannten Grund zu allen Konzessionen bereiterklärt, bis hin zur Überlassung des gesamten vermuteten Ölkrepfels an die britischen Multis. Und was sich an der Wolle der ortsansässigen Schafe im Jahr verdienen läßt, das verfeuert die britische "Task Force" auf ihrem Weg durch den Atlantik wahrscheinlich in jeder Stunde.

Wofür also der Aufwand? Um 1820 - oder sind es 1970? - falkländischen Schafzüchtern nebst Familien, Kneipenwirten und Drugstore-Besitzern das süße Leben eines Untertanen der britischen Krone zu erhalten? Auch das ließe sich weiß Gott einfacher haben, indem man sie samt Pinguinen in einen Containerfrachter packt und auf irgendeiner kanadischen Insel wieder auslädt, auf der sie es bestimmt genauso wohnlich hätten. Britische Strategen, sogar im Unterhaus, sind im übrigen auch schon dahintergekommen, daß eine militärische Befreiung der Malvinas von der angeblichen altenglischen Idylle dicht überm Südpolarkreis bestimmt nichts mehr übriglassen würde. So kann man sich kaum des Eindrucks erwehren, daß, was die Falklandbewohner als normale Menschen genommen angeht, die "Neue Zürcher Zeitung" mit ihrem echt Schweizerischen Zynismus der Sachlage auf ihre Weise ziemlich nahekommt:

"An den Falkland-Inseln hat London weder ein militärisches noch ein wirtschaftliches Interesse. Trotzdem (!) beging London den Fehler," (im Falle handfester Interessen wäre es kein Fehler gewesen, sondern wahrscheinlich ein ehrenwertes Quidproquo!) "die Falkländer allzu lange im Glauben zu belassen, daß Großbritannien ihnen" (Jetzt kommt's:) "den Luxus der Freiheit auf alle Zeiten hin werde erhalten können." (7.4.82)

Wenn es der britischen Regierung also, ihrem eigenen Bekunden nach, so furchtbar um ihre 1800 südatlantischen Untertanen zu tun ist, daß sie sie lieber ins Gras beißen lassen als den Argentinern zwecks weiterer Regierung überlassen will, dann um diese Leute in jenem höheren Sinn, in dem die berühmte "Times" deren lokale Identität für das Bekenntnis hernimmt:

"WE ARE ALL FALKLANDERS NOW." (Times vom 5.4.82)

Als Fahnenträger Großbritanniens kommen die südatlantischen Insulaner in den Genuß der lebensgefährlichen Zuneigung ihrer alten, legitimen Obrigkeit; um die *britische Hoheit* ist es also zu tun *und u m sonst nichts*. Bloß, nochmals: Warum soll es denn dem britischen Staat ausgerechnet im Südatlantik so furchtbar um seine Hoheit gehen?

Hier wird die Erklärung des bürgerlichen Verstandes und sogar das staatsbürgerliche Selbstbewußtsein von Untertanen wie Regenten regelmäßig moralisch oder psychologisch. Als Grund britischer Entschlossenheit zum Krieg wird eine "Demütigung" benannt, gar noch durch einen Staat und eine Armee der "dritten Kreisklasse", die der "traditionsreiche" britische "Nationalstolz", der noch keine Niederlage, schon gar nicht zur See, hätte einstecken müssen, "nicht aushalten könne" - gerade so, als müßte jeder Brite sich seiner Nichtsnutzigkeit schämen, wenn auf der anderen Erdhalbkugel ein Riesenaufgebot von fremdländischen Soldaten ein paar

unverteidigte Inseln besetzt! Und als gäbe die Regierung ihrem Volk mit ihrer Wirtschafts- und Europapolitik nicht laufend Zumutungen zu schlucken, die nicht bloß - wenn das denn schon für Nationalisten kein Kriterium ist - die materiellen Interessen der Massen verletzen, sondern durch einen gediegenen Nationalstolz noch viel, eher für "nicht hinnehmbar" befunden werden könnten: da gibt das regierungsamtlich definierte staatliche Interesse aber eben andere Richtlinien vor. Man sollte also gerade angesichts der hierzulande mit leichter Ironie vermerkten nationalistischen Ausbrüche des britischen Patriotismus erst recht nicht die moralisch-psychologischen Idiotien, vermittelt derer die Regierenden ihre Politik als fraglos richtig anpreisen und die Untertanen sich den beschlossenen Staatszweck als ihren höchstpersönlichen Ehrenpunkt zurechtlegen, so daß der Obrigkeit ihre eigenen Vorhaben als "emotionale" Forderung des Volkes entgegentönen - diese Idiotien sollte man nicht mit den Staatszwecken selber verwechseln: Die "Ehre der Nation" hat schließlich allemal einen sehr bestimmten *Inhalt*, und wenn es um *den* nicht ginge, würde jede verrückte Liebe zur Nation, die darauf beharrt, sich blamieren und nicht Triumphe feiern.

Mit der britischen Flagge auf den Malvinen präsent zu sein, und zwar so machtvoll, daß kein "Argie" sich hintraut: dieser erklärte britische Staatszweck nimmt sich sehr idealistisch, antiquiert und reichlich abstrus aus, ist das aber nur einerseits, wenn man nämlich meint oder so getan wird, als hinge die ökonomische Benutzung Südamerikas durch britisches Kapital und die nötige politische Kontrolle über die dortigen Souveräne *ausgerechnet davon* ab. Die *politische Zuständigkeit*, die Großbritannien mit seiner Souveränität über die Malvinas behaupten will, hat einen viel prinzipielleren und gewichtigeren Inhalt, der sich am deutlichsten an dem Konflikt mit den eigentlichen und vorrangigen weltpolitischen und strategischen Aufgaben des Landes zeigt, in den Großbritannien mit seinem militanten Interesse an seinen südatlantischen Inseln gerät. *In der Hauptsache* ist Großbritannien nämlich *NATO- Partner*; für den Schutz des Nordatlantik, und zwar vor den Sowjets, hat es mit seiner Flotte einzustehen; für den "Ost-West-Gegensatz", das durch die USA nach dem Krieg etablierte "Ordnungsprinzip" der gesamten souveränen Staatenwelt, *ist* die britische Staatsmacht in ihrer Betätigung nach außen funktionalisiert - auf dieser ihrer Dienstbarkeit für den weltpolitisch absolut vorrangigen Bündniszweck beruht andererseits ihre militärische Wucht wie auch, vermittelt der EG, deren ökonomische Grundlage. Die imperialistische Wahrheit dieses Verhältnisses - daß das Vereinigte Königreich in all seiner Pracht ein NATO-Satellit *ist* - hat allerdings notwendigerweise seine nationale Kehrseite, und *die* ist es, was die britische Regierung mit ihrer kriegerischen Expedition geltend machen will. Wenn der Staat sich schon für die moderne Weltordnung dienstbar und nützlich macht, und zwar praktisch auf Kosten seiner Früheren autonomen Weltmacht, dann doch nie deswegen, weil er sich als autonome Weltmacht *aufgegeben* hätte, sondern um *eben davon* unter den neuen Bedingungen des "Ost-West-Gegensatzes" so viel zu retten, wie zu retten ist. *Im Rahmen* der NATO, gewiß, in diesem Rahmen aber *aus eigener Machtvollkommenheit eine weltweite politische Zuständigkeit* aufrechtzuerhalten, die ihrer Bündnispartnerschaft mit der wirklichen Weltmacht Nr. 1, den USA, ein Moment von Gleichrangigkeit verleiht: Das ist die Wirkung, die die britische Regierung der funktionalen Einordnung ihrer nationalen Macht ins System des zeitgenössischen Imperialismus geben will. Übrigens ebenso wie alle anderen NATO-Regierungen: auf eine ganz entsprechende Tour und mit derselben Absicht sucht Frankreich mit seiner separaten, autonomen Atommacht sowie seiner speziellen "Ordnungspolitik" für Afrika - quasi im EG-Auftrag - und die deutsche

Bundesregierung mit dem Ausbau ihrer Bundeswehr zur zweitstärksten konventionellen Streitkraft des Kontinents sowie mit ihrer speziellen Ostpolitik den Imperialismus des Bündnisses zum Ausgangspunkt, Fundament und Instrument besonderer nationaler imperialistischer Interessen zu machen: Das *Mitmachen* soll sich *für die Nation lohnen!* In diesem Sinne hat die
5 britische Regierung - Ironie der Geschichte - gerade erst beschlossen, ihre für das entscheidende "Kriegsszenario" weniger entscheidende Überwasserflotte abzubauen und sich dafür die modernsten Unterwasser-Atomraketen-träger zuzulegen: ein schönes Beispiel für die Harmonie zwischen dem gemeinsamen Bündniszweck, den 3. Weltkrieg siegreich bestehen zu können, und dem nationalen Sonderinteresse der englischen Staatsgewalt, die zur Weltmacht heute
10 unabdingbaren Machtmittel des höchsten Niveaus in autonomer Verfügung zu haben. Ein z u schönes Beispiel offenbar! Denn seit ihrer Besetzung durch Argentinien hat das britische Kabinett die Malvinas zum alles entscheidenden nationalen Ehrenpunkt, zum Inbegriff der weltweiten Macht, die es *autonom* ins Bündnis einbringen will, also zum speziellen nationalen neben *dem* allgemeinwestlichen Kriegsgrund erklärt. Dafür und in diesem Sinn sind die besetzten Malvinas für Großbritannien von so überragender Bedeutung, daß die zeitweise "Entblößung" der
15 nordatlantischen "Flanke" des Bündnisses, die Milliarden Dollar für eine Riesenexpedition - auch schon, wenn nicht geschossen wird - und das "Risiko" einer siegreichen Seeschlacht keinen zu hohen Preis darstellen. Sie sind ein *Symbol* für die Tatsache und für die Tragweite des britischen Anspruchs auf *universelle Zuständigkeit* und stehen insofern tatsächlich für den *äußersten Zweck*, den die britische Regierung ihrer Nation überhaupt setzen kann.
20

Und insofern ist der Konflikt mit Argentinien für die britische Regierung auch überhaupt nichts Atavistisches, sondern von höchster Aktualität. Denn daß das NATO-Bündnis sich jetzt für seine wahren Aufgaben mehr denn je *zusammenzureißen*, jeder Partnerstaat mehr als je zuvor dazu beizutragen hat, diesen Imperativ haben der Menschenrechtsapostel Carter und der
25 Kommunistenfresser Reagan nun wirklich im Verlauf der letzten drei bis vier Jahre wieder klargestellt und durchgesetzt. Eben deswegen versucht seither aber auch jeder atlantische Partnerstaat um so nachdrücklicher, seiner Unterordnung die nationale Kehrseite hinzuzufügen und in der Konkurrenz der führenden Verbündeten um Maßgeblichkeit einen Platzvorteil aus der Tatsache zu gewinnen, daß es im Rahmen der neuen Bündnislinie auf jeden einzelnen Staat und seine Beiträge zum gemeinsamen Zweck *mehr denn je ankommt*. Wie frei vermag eine NATO-Regierung noch
30 zu operieren - das ist gerade da das entscheidende Kriterium für die weltpolitische Bedeutung einer Nation, wo der einzige und eindeutige Auftrag an sie lautet, sich bedingungslos nützlich zu machen für die Politik der universellen Zurückweisung, Einmauerung und Schwächung des feindlichen "sozialistischen Lagers". Als *autonome Weltmacht* möchte Großbritannien *Mitmacher* der von den USA organisierten und garantierten Weltherrschaft sein - das Pech der Argentinier, daß ausgerechnet sie mit ihrer Malvinas-Idiotie dem britischen "Nationalstolz" *den Anlaß zu dieser* Klarstellung geliefert haben.
35

Was wollen die Argentinier auf den Falklands?

40 Die Antwort ist einfach: *dasselbe wie die Briten*, allerdings in erheblich kleinerem Maßstab - was schon am Umfang der beiderseitigen Flottenmacht abzulesen ist und für die *Beurteilung* ihrer Aktion eine erhebliche Rolle spielt.

Von einem ökonomischen Nutzen der Falkland-Inseln oder auch des anliegenden Antarktisierviertels für Argentiniens Volkswirtschaft kann noch viel weniger die Rede sein als im Falle Großbritanniens und seiner Souveränität über die Malvinas. Im Gegenteil: Nach Auskunft britischer Banken, die über Cash flow und Schuldendienste Argentiniens allemal noch besser Bescheid wissen als die zuständigen Militärs und Minister in Buenos Aires, wird für die Besetzung und Befestigung der Inseln, schon wenn es nicht zu einem Kampf kommt, die letzte halbe Milliarde Dollar an Devisenbeständen der argentinischen Nationalbank draufgehen. Noch viel deutlicher als bei der britischen Flottenexpedition geht es der argentinischen Regierung mit ihrer Eroberungsaktion darum, sich demonstrativ die *weltpolitischen Freiheiten* herauszunehmen, die sie sich von ihrer Einfügung in die von den USA vorangetriebene antisowjetische Frontbegradigung innerhalb der Staatenwelt erwartet. Das Rätsel der "Neuen Zürcher Zeitung" -

5
10
15
"Das Kriegsabenteuer auf den Falkland-Inseln geht überdies zu einer Zeit vor sich, da sich Argentinien um eine *Neuorientierung* seiner Außenpolitik in *prowestlichem* Sinne zu bemühen schien, vor allem um einen Schulterschuß mit Washington. ... Erst unter Galtieri begann man sich seit Jahresanfang aus der Gemeinschaft der Dritten Welt zu lösen. Wie der Handstreich vom letzten Freitag mit Galtieris prowestlicher Neuorientierung in Übereinstimmung gebracht werden kann, ist allerdings schwer ersichtlich." (NZZ vom 7.4.) -

20
25
30
35
40
ist andersherum leicht aufzulösen: *Wie* "prowestlich", also dienstbar und funktional für die globalen Interessen des Imperialismus die argentinische Regierung sein will, das stellt sie, mehr noch als mit ihren Militärhilfen für die Kollegen in El Salvador und gegen die regierenden "Kommunisten" in Nicaragua, durch die antibritischen Frechheiten klar, die sie sich *i m Namen* dieser ihrer Nützlichkeit meint herausnehmen zu dürfen. Genaugenommen ist diese "Frechheit" zwar ein bemerkenswertes Eingeständnis: Ein Staat, der an weltpolitischen Interessen tatsächlich *nicht mehr* geltend zu machen hat als das eine, ein paar zusätzliche Quadratkilometer unter seine direkte Fuchtel zu kriegen, der hat eben nicht viel an praktischen Ansprüchen in der Weltpolitik geltend zu machen. Auch für die argentinischen Politiker sind aber immerhin die paar Morgen Inselgelände nicht einfach Selbstzweck, sondern ein Symbol: Seit dem Export ihrer Nationalflagge zu den Pinguinen und Schafzüchtern auf Falkland melden sie sich in der Funktion zu Wort, die sie als *souveräne Mitmacher* im Rahmen einer antikommunistischen und sowjetfeindlichen Weltordnung ausfüllen *möchten*, nämlich als die nächstliegende, "natürliche" "*Ordnungsmacht*" für den Südatlantik - auch wenn das einzige, was da zu "ordnen" ist, die Kontrolle über ein immerhin nicht uninteressantes Seegebiet ist. *Darin* wollen sie Großbritannien "beerben". Dabei gibt es diverse Konkurrenten in der Gegend, gegen die man sich mit einer "Kraftprobe" profilieren kann: Brasilien, das *deswegen* das Unternehmen der Junta-Kollegen vom Rio de la Plata "sehr skeptisch" beurteilt und "Befürchtungen" öffentlich hegt (wohl kaum aus Angst vor einem argentinischen Kommandounternehmen im Mato Grosso!). Ebenso das Chile des notorischen Freiheitskämpfers Pinochet, selbst Beinahe-Opfer einer argentinischen Heimholungs-Vaterland-Aktion am feuerländischen Beagle-Kanal, woraus sich die Bereitschaft des Generals erklärt, die britische Flotte logistisch zu unterstützen.

Um der souveränen, *eigenverantwortlichen* Wahrnehmung und nationalen Ausnutzung ihres *imperialistischen Auftrags* willen hat da eine Staatsmacht sich als *Aggressor* hervorgetan. Was beispielsweise *Israel kann und darf* oder auch *Südafrika*, das *möchte* Argentinien auch: zum leib-

haftigen Beweis dafür werden, wie gut eine Staatsmacht es hat in der Staatenwelt, *wieviel* sie sich herausnehmen darf - *als nützlicher Freund der USA*.

5 Dummerweise - eine Art historisches Pech für das Land - ist Argentinien mit seiner Aktion allerdings *nicht*, wie Israel oder Südafrika, auf einen Kontrahenten gestoßen, den die westlichen Mächte selber schon halb und halb zum Feind erklärt oder doch als nur bedingt nützlichen
10 Gesellen eingestuft haben, sondern ausgerechnet auf eine der drei bis fünf Nationen, die neben den USA und der UdSSR noch einige autonome Macht besitzen; und noch dazu auf deren unnachsichtigen Entschluß, mit dem demonstrativen Beharren auf der Universalität dieser ihrer Macht den Anspruch auf eine führende Rolle in der momentanen kriegsvorbereitenden
15 Formierung und Durchorganisation der Staatenwelt geltend zu machen. Jede Spekulation - wie sie zu Zeiten der "Entkolonialisierung" den alten Mutterländern und ihren Konkurrenten ganz geläufig und selbstverständlich war - auf Möglichkeiten, den neu erwachten Nationalismus nachkolonialer Staatswesen für sich *produktiv auszunutzen*, haben Großbritannien und seine Verbündeten sich in diesem Fall von vornherein strikt verboten - nicht einmal die UdSSR hat auch
20 nur einen Versuch in dieser Richtung unternommen.

So kommt es, daß der demokratische Sachverstand eben das, was er frechen Verbündeten wie Israel oder Südafrika - und Großbritannien sowieso - ganz selbstverständlich zugesteht: außenpolitische Vormacht (der demokratische Taufname dafür heißt: "Sicherheitspolitik"!) als legitimen Staatszweck, daß er eben das an der argentinischen Aktion partout nicht will entdecken
25 können. Ganz ohne Absprache hat die gesamte freie pluralistische Öffentlichkeit sich hier auf eine Erklärung geeinigt, die ebenso altehrwürdig wie albern ist: Die Generäle hätten den Schlag gegen die Falkland-Inseln bloß inszeniert, um *von ihren innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken*. Diese Erklärung ist erstens immer blöd. Denn *wenn* ein Volk schon so nationalistisch gesonnen ist, daß seine Mitglieder für Machterweise ihrer Herrschaft ihr Leben zu opfern bereit sind, dann
30 kann es mit ihrer angeblich zu beschwichtigenden Staatsgegnerschaft ja nicht so sehr weit her gewesen sein; dann müßte ihre Opposition sich schon zuvor in einem Vorwurf zusammengefaßt haben, der einer Militärjunta doch wie Musik in den Ohren klingen muß: die Regierung hätte es am glanzvollen Gebrauch ihrer Macht fehlen lassen! Zweitens paßt diese Erklärung aber erst recht auf solche Fälle regelmäßig besonders schlecht, zu denen sie den demokratischen
35 Sachverständigen immer einfällt. Gerade Argentinien ist doch - bei aller Industrie, über die es bzw. das ins Land geholte ausländische Kapital verfügt - kein Staat vom Zuschnitt europäischer "Industrienationen", in denen der nationale *Reichtum* auf einer lückenlosen *Benutzung* des Volkes - als Arbeitskraft oder auch als sorgfältig registriertes und überwachtes Arbeitslosenheer - und folglich die nationale *Herrschaft* auf einer allgemeinen freiwilligen *Loyalität* der Massen *beruhen*.

40 Was als Beleg für die "innenpolitische Schwäche des Generalsregimes" und dessen angebliche Not, sich populär zu machen, angeführt zu werden pflegt: die brutal auseinandergeknüppelte Elendsmanifestation wenige Tage vor der Falkland-Aktion, beweist doch eher das Gegenteil: Die zunehmend verelendeten Massen Argentiniens haben *keine* Waffen in der Hand, mit denen sie ihre Herrscher gefährden könnten. Streiks sind ein Witz und kein ökonomisches Erpressungsmittel, wenn die Zahl produktiv ausgebeuteter Proleten unter die der von vornherein nutzlosen, niemals angewandten Slumbewohner sinkt und der zur politischen Macht nötige Reichtum nur sehr teilweise von dem organisierten Fleiß der Bevölkerung abhängt. Mit einem solchen *ökonomisch*

weitgehend *wehrlosen* Aufbegehren - die Gewerkschaften sind schon längst gewaltsam
lahmgelegt! - wird ein Militär noch allemal mit *nackter Gewalt* fertig. Für den Zweck der
Herrschaft *schadet* eine brutal unterdrückte Opposition genauso wenig, wie eine nationalistische
Begeisterung - die ja doch keine Gelegenheit hat, sich nützlich zu betätigen, ausgenommen als
5 Lieferant von freiwilligem Kanonenfutter! - ihr *nützen* kann. Und daß diese offenkundig *dennoch*
zu erwecken ist, sogar die Paupers sich an der nationalen Großtat berauschen, über die ihr oberster
Machthaber sie entsprechend in Kenntnis setzt - Kenntnisse über Längen- und Breitengrade
brauchen sie dafür nicht! -, widerlegt erst recht die Vorstellung, für die Rettung der
Regierungsmacht vor einer inneren Opposition wäre es auf eine, breite Zustimmung der Massen
10 maßgeblich angekommen. Allenfalls im Intrigenspiel der mächtigen Militärs, in ihrer Konkurrenz
gegeneinander, mag die Mobilisierung der "Straße" eine gewisse Rolle spielen; insbesondere
dann, wenn ihr selbstzweckhafter Machtkampf ,mal wieder unter dem Titel "Demokratisierung",
also unter wohlgeplanter und zweckmäßig eingerichteter und dosierter Einbeziehung der Massen
vonstatten geht. Genau diese Manöver widerlegen aber erst recht jedes Gerücht von einem
15 drohenden Aufruhr, den die herrschenden Militärs durch eine außenpolitische Glanztat hätten
beschwichtigen wollen oder gar hätten abwenden müssen.

Die beliebte Theorie von der "Ablenkung durch Krieg", so wie sie zur ideologischen Bewältigung
der "Falkland-Krise" in der demokratischen Öffentlichkeit weltweit unisono aufgetischt wird, ver-
rät nichts über Argentinien und seine weltpolitischen Zwecke, geschweige denn seine inneren
20 Verhältnisse, dafür einiges über ihre eigenen Prämissen. Selbstverständlich ist sie für jeden
demokratischen Nationalisten - aber auch *nur* für einen solchen. Man muß nämlich selber erstens
ein sehr bornierter Patriot sein und zweitens sich und seinesgleichen in dieser Eigenschaft für ir-
gendwie ziemlich wichtige Mitglieder der Nation halten, um es für das Selbstverständlichste von
der Welt zu befinden, daß Leute über die Vergrößerung des Territoriums, über das ihre Herrscher
25 verfügen, Freude und Begeisterung empfinden, und zwar so viel, daß sie darüber ihre eigenen
drückenden Sorgen, ja ihre Existenznot glatt vergessen. Daß *einem selber* ein Krieg durchaus als
Argument für nationale Einigkeit einleuchtet, das ist die eine Mitteilung, die die "Ableitung" des
Falkland-Abenteuers der argentinischen Junta aus der Unzufriedenheit ihrer Volksmassen enthält.
Die andere besteht in einem sehr interessanten Vorwurf: Genau das, was man für die eigenen
30 "zivilisierten" Verhältnisse durchaus als guten politischen Grund akzeptiert, soll im Falle der
argentinischen Gewaltherrscher ein manipulativer *Mißbrauch* des Patriotismus sein, eine böartige
Machenschaft. Erst stellt man sich die Kriegspropaganda der regierenden Generäle wie die
politische "Überzeugungsarbeit" demokratischer Parteien in einem regulären Wahlkampf vor - ein
schönes Eingeständnis bezüglich der "Argumente", die man sich dort erwartet! -, um ihnen dann
35 den Vorwurf zu machen, dabei kämen die "eigentlichen Probleme" des Landes, nämlich seine
innenpolitischen und ökonomischen, gar nicht vor - ein Anwurf, den Margaret Thatcher von der
demokratischen Weltöffentlichkeit nicht zu hören bekommt und auch nicht zu gewärtigen braucht.
Denn das Verdikt über ihre argentinischen Kontrahenten lebt ja von der Überzeugung, daß
außenpolitische Ambitionen, wie sie einer klassischen Weltmacht wie Großbritannien wohl
40 anstehen oder zumindest zuzugestehen sind - ihre *Fähigkeit*, sie machtvoll geltend zu machen,
reicht als *Grund* dafür voll aus! -, sich für ein Land wie Argentinien *nicht gehören*: Es hat ja nicht
einmal das eigene Volk gescheit im Griff und verfügt weder über genügend nationalen Reichtum

noch über genügend autonome Militärmacht, um seinen Ambitionen wirklich unwidersprechlich Geltung zu verschaffen. Der in dem "Ablenkungs"-Vorwurf enthaltene höhnische Hinweis, die Generäle sollten sich doch erst einmal um eine ertragreichere Benutzung und produktivere Befriedung ihrer eigenen Untertanen verdient machen, ehe sie sich auf das Feld imperialistischer Konkurrenz wagen, erfolgt vom Standpunkt der *Selbstgerechtigkeit* eines auf Fleiß und Gehorsam des eigenen Volkes bestens begründeten *imperialistischen Erfolgs*. Den Qualitätsmaßstäben dieser Selbstgerechtigkeit genügt Argentiniens Regierung nicht; folglich sind imperialistische Aktionen von ihrer Seite ein Abenteuer, das ihr gar nicht zusteht.

Unter *diesen* Vorzeichen nimmt die sonst so verständnisvolle demokratische Öffentlichkeit sich denn auch mit einem Mal jede Freiheit, die Verwerflichkeit der argentinischen Diktatur, bisher bloß von den Moralisten von Amnesty International mit einer öffentlich als mehr oder weniger ehrenwerte Marotte abgebuchten Kritik bedacht, "schonungslos" ans Licht zu zerren. Die regierungstreuen Zeitungen Großbritanniens, dessen Flotte den Argentinern noch vor Wochen das Raketenschießen beigebracht, dessen Waffenindustrien ihnen Kampfwagen und Gewehre verkauft, dessen Banken ihnen Kredite gegeben haben, dessen Diplomaten bei ihnen als Verbündete aus- und eingegangen sind, empören sich auf einmal über die bislang mit Stillschweigen übergangenen Scheußlichkeiten der militärischen Unterdrückung im Lande - warum? weil jetzt 1800 britische Seelen den blutrünstigen Herrschern in Buenos Aires anheimfielen - dabei ist die britische Kolonie in Argentinien längst zehnmal so stark, fühlt sich wohl im Lande, und die reaktionären falkländischen Schafzüchter sind unter Garantie die letzten, die zu einem Militärregime in einen freiheitlichen Gegensatz geraten dürften. Die Münchner tz, Boulevard-Blatt der bayerischen Pinochet-Freunde von der CSU, entdeckt *jetzt* ihr Herz für die wöchentlich protestierenden Angehörigen der verschwundenen Junta-Opfer - warum? weil sich ein so schöner Hohn über die außenpolitische "Großmannssucht" der zu weit gegangenen Regierung daraus machen läßt:

"Keiner in Argentinien ist tapferer als die ‚Mütter von der Plaza de Mayo‘. Jeden Donnerstag setzen sie ihr Leben aufs Spiel." "In Argentinien stehen die ‚Mütter von der Plaza de Mayo‘ jeden Donnerstag vor dem Palast des Präsidenten und erinnern das Land und die Welt daran, daß von diesem Haus Verbrechen ausgehen oder gedeckt werden, die mit vaterländischen Ruhmestaten und Soldatenehre nichts zu tun haben." (tz, 16.4.)

Die ganze Logik, die Moral, und die Wucht dieser kritischen Aufmerksamkeit, der die "Menschenrechtsverächter" auf den argentinischen Regierungssesseln sich so plötzlich erfreuen - ausgerechnet die Frankfurter Allgemeine möchte sich wünschen,

"daß den rabiaten Militärs in Buenos Aires, stellvertretend für manches andere dieser rechtsverachtenden Generalsregime in aller Welt, eine heilsame Lehre erteilt" wird (FAZ vom 5.4.) -

liegt in ihrer imperialistischen Klarheit und Entschiedenheit: Die *Dienste* Argentiniens sind *willkommen*, und dafür hat seine Regierung, nach US-Lesart eine "befreundete autoritäre Herrschaft", freie Hand; *Ansprüche*, gar solche gegen die Interessen ehrbarer Westmächte, sind daraus aber nicht abzuleiten, andernfalls handelt es sich bei den Junta-Generälen um blutrünstige Diktatoren, die *bestraft* gehören.

Und mit diesem Standpunkt steht die britische Regierung nicht allein.

Was die Verbündeten freut und stört

5 Der Weltmacht Nr. 1, die sich auf die Souveräne ihrer Hemisphäre, wie ihrer Bündnissysteme als
funktionale Mitmacher freiheitlicher Weltherrschaft will verlassen können, paßt das argentinische
wie das britische Beharren auf einem souverän zu handhabenden *nationalen Nutzen* ihrer
jeweiligen Funktionalität für die Herrschaft der Freiheit in aller Welt bloß *sehr bedingt*. Zweifel
10 daran, wie die argentinische Regierung die Freiheit meint, die sie sich gegen Großbritannien
herausgenommen hat, sind den amerikanischen Freunden zwar nie gekommen dafür bürgt zu
dem Überfluß Außenminister Haigs flapsige Bemerkung über Englands Hoheit über die
Malvinas als "Pickel auf dem Hintern des Fortschritts", den früher oder später ja irgendjemand
15 habe "ausdrücken müssen". Daß die Briten daraus aber gleich eine Miniatur-Weltaffäre machen,
kann den USA erst recht nicht recht sein; und weil gleichzeitig außer Frage steht, *wessen*
Ambitionen in Sachen autonomer nationaler Ausnutzung des eigenen Mitmacherstatus sie *mehr*
zu respektieren haben - schon das Kräfteverhältnis zwischen dem südamerikanischen Vasallen und
dem westeuropäischen Satelliten gibt da eine eindeutige Auskunft -, sehen die amerikanischen
20 Chefimperialisten sich zu unmißverständlichen Einwänden gegen das argentinische Vorgehen
genötigt. Ihre südamerikanischen Gorillas müssen sie also zur imperialistischen Rason bringen
allerdings so, daß die auch wieder nicht zu dem gegebenenfalls ärgerlichen weltpolitischen Fehl-
schluß gelangen, die bedingungslose "Freundschaft" mit den USA möchte sich am Ende doch
nicht genügend lohnen für den Egoismus ihrer nationalen Macht und deren Geltungsdrang.
Umgekehrt müssen sie erst recht ihre britischen Verbündeten daran hindern, mit einer massiven
Strafaktion der argentinischen Führung diesen fatalen Fehlschluß gewissermaßen einzuprügeln.
25 Daß der seine Armada so bemerkenswert lange auf dem Äquator herumsegeln läßt - aus den
angekündigten 14 Tagen Seereise sind nach 14 Tagen drei Wochen geworden -, ist das Resultat
der amerikanischen Sorge um die Intaktheit ihrer Hemisphäre und zeigt das britische Verständnis
dafür. Vom amerikanischen Standpunkt aus sollte Großbritannien sein Bemühen um einen letzten
glaubwürdigen Schein von autonomer gleichrangiger Weltmacht ohnehin lieber in der Verstärkung
30 des Nordatlantischen Pakts durch mehr Atomraketen *und* mehr verfügbare Flottenkräfte austoben:
Wenn die britische Regierung aus der ganzen Affäre *ohne* Seeschlacht diesen patriotischen und
bündniskonformen Schluß zieht, *dann* wäre es den Amis wieder recht!

Bedingt solidarisch sind auch die übrigen NATO-Partner mit ihrem britischen Mit-Satelliten.
Zwar stellen sie die Pflege Argentiniens und seiner nützlichen Dienstbarkeit für die große Sache
des Westens getrost den USA anheim und beziehen mit ihrem Wirtschaftsboykott eindeutig die
35 Position, daß die Botmäßigkeit "drittrangiger" Staaten diese keinesfalls zu dem praktischen Ex-
periment berechtigt, aus ihren Diensten autonom und für sich Kapital zu schlagen. Von den
diversen westeuropäischen Standpunkten aus kann die Zahl der passiven Mitmacher bei der
imperialistischen Weltordnung gar nicht groß, die der Aktivisten gar nicht klein genug sein - denn
das sind dann *bloß sie*. Aus demselben Grund findet an Großbritanniens Strafexpedition allerdings
40 auch bloß das Moment unbeschränkten Beifall, daß der übermut nachgeordneter US-Vasallen
, "endlich einmal" einen Dämpfer bekommt - in diesem Punkt ist die Frankfurter Allgemeine ,mal
wieder vorbildlich:

5 “Herauskommen wird... wohl eine politische Lösung. Sie braucht freilich nicht so
anrühlich sein wie manche andere politische Lösung dieser Tage, die man in
Anführungszeichen setzen kann, weil sie in Wahrheit auf Gewährlassen hinausläuft. Daß
Großbritannien einen Flottenverband in Marsch gesetzt hat, wird seiner Position am
Verhandlungstisch ein anderes Gewicht geben, als wenn es nur die Papier-Resolutionen
aus New York im Rücken hätte. Diese Maßnahme dient - die Friedensbewegten
hierzulande mögen es glauben oder nicht - dem Frieden, indem sie einen für beide Seiten
erträglichen Ausgleich fördert. Denn die martialischen Reden der Generäle in Buenos
Aires täuschen nicht darüber hinweg, daß sie vor heranrückenden britischen Streitkräften
10 schon früher einen heilsamen Respekt hatten.” (FAZ vom 5.4.)

Schweren Bedenken begegnet dagegen die Tatsache, daß “die Briten sich, besessen (!) vom
Problem der Falkland-Inseln, aus der Welt- und Europapolitik abgemeldet” haben, und zwar, wie
die “Süddeutsche Zeitung” weiß, “für eine gute Weile” und, wie sie rügt, mit der praktischen
Konsequenz, daß “zwei Drittel der gesamten britischen Flottenstärke, wenn nicht mehr, ... ihre
15 NATO-Positionen verlassen”, auf die sie doch in Wahrheit hingehören! (Süddeutsche Zeitung vom
5.4.)

Bei allem wohlwollenden Verständnis spürt ein geschulter bundesdeutscher Journalistenverband
hier doch sogleich die “Gefahr” heraus, daß Großbritannien sich zur Quasi-Weltmacht profiliert -
auf Kosten der westeuropäischen NATO-Partner und EG-Konsorten, auf die unvermeidlich
gewisse ökonomische wie militär-politische Konsequenzen der britischen Straffaktion zukommen.
20 Die ganz findige “Frankfurter Rundschau” deutet hier allerdings gleich schon wieder einen Schritt
weiter, wie aus dieser “Gefahr” nämlich eine *Chance* werden könnte:

25 “...ein solidarisches Handeln der EG mit einem Wirtschaftsboykott Argentinien könnte
der Wendepunkt im britischen Verhältnis zur Gemeinschaft werden. Es könnte überdies für
alle künftigen Fälle zeigen, daß mit der EG zu rechnen ist. Wegen West-Berlin muß der
Bundesregierung daran besonders gelegen sein.” (Frankfurter Rundschau vom 8.4.)

Womit auch dieses linksliberale deutsche Weltblatt beim Springpunkt der ganzen Angelegenheit
angelangt wäre - der heißen Frage: Nützt ein solcher *Streit zwischen Freunden* denn nicht *dem
Feind?!?*

30 Die Nachrichten darüber sind zwar, objektiv betrachtet, höchst beruhigend: Auf den
Antikommunismus der argentinischen Militärs ist Verlaß, auch wenn Castro und Genossen mal
wieder verrückt genug sind, aus dem argentinischen Bemühen um nationale Autonomie die
Geschäftsgrundlage herauszustreichen und die “Befreiung” einiger trostloser Atlantikfelsen vom
drückenden Joch der britischen Krone als “Schlag gegen den Kolonialismus” zu begrüßen. Und
35 von einem Einbruch der nordatlantischen Seeherrschaft des Westens ist auch nichts zu hören. Die
Gelegenheit, den Hauptfeind wenigstens propagandistisch, wenigstens als *möglichen* Nutznießer -
wenn schon nicht Drahtzieher: Das wäre denn doch zu absurd! - in die Schußlinie zu bringen und
so die Hauptfront zweifelsfrei klarzustellen, selbst wo es bloß um eine *innerimperialistische*
Nebenfront geht: diese Gelegenheit mögen zumindest die westdeutschen Meinungsmacher sich
40 nicht entgehen lassen; siehe die Karikaturen vom Anfang, die den Ausspruch des US-Präsidenten -
”Die Russen sollen da unten bloß abhauen!” - der deutschen Frohnatur verdolmetschen.

So kommen per Saldo fürs bundesdeutsche Publikum denn doch einige nützliche

Klarstellungen in Sachen Freund, Feind, Krieg und Frieden

5 heraus: 1. *So leicht gelangt man in einen Krieg hinein.* Diese Klarstellung war ja auch wirklich
fällig, nachdem *der Feind* sowieso nie ein Problem war, die Diskussion um *Kriegspersonal* längst
ausgestanden ist und die Sache mit dem *Kriegsgerät* und seinen diversen Kalibern seit der
“Nachrüstungs”-Debatte als Angelegenheit eines geschulten *strategischen* Sachverstands
abgehakt ist. Da ist von der bundesdeutschen Nachkriegs-Staatsideologie, ein erneuter Weltkrieg
wäre “undenkbar” und würde durch seine intensive Vorbereitung nur noch immer “undenkbarer”,
ja wahrhaftig nur noch das eine Stück übriggeblieben, ein “Kriegsausbruch” zwischen Staaten,
deren Führer doch allesamt wenn schon keine “Entspannungsfanatiker”, dann doch
10 “Friedensfreunde” und vernünftig kalkulierende Ehrenmänner sind - die auf unserer Seite,
versteht sich! -, sei doch “unvorstellbar”. Jetzt kann sich jeder “vorstellen” - wenn er will! - wie
so etwas geht: Wenn einmal der *staatliche Beschluß* ergangen ist, irgendwo hätte der Gegner sich
unwiderruflich *zu weit* vorgewagt, wenn also einmal irgendetwas *als Kriegsgrund definiert* ist -
15 und brauchbare Anlässe dafür gibt es täglich! -, dann läuft fortan alles wie von selbst. Ab dann ist
die eigene Entschlossenheit zum Krieg nämlich ein Sachzwang, den man sich selber schon um der
“Abschreckung”, also “*Kriegsverhinderung*” willen schuldig ist; und es liegt allein am Gegner, ob
und wie sorgfältig er ihn respektiert. über *dieses* “Problem” redet man als “Süddeutsche Zeitung”
dann zum Beispiel so:

20 “Diese” (des Gegners, versteht sich) “Kurzsichtigkeit läßt weitere Fehlentscheidungen befürchten,
die in Verbindung mit (!) der Unnachgiebigkeit Großbritanniens zum Krieg führen könnten.”
(Süddeutsche Zeitung vom 15.4.),

und als “Frankfurter Allgemeine” weiß man:

25 “Sie” (die Briten; oder auch: die eigene Seite) “werden sich zur Wehr setzen; die Wahl der Mittel
wird von der Einsichtsfähigkeit des Gegners (!) abhängen.” (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom
5.4.) -

wovon ein Staat sich in den letzten Prinzipienfragen seiner Durchsetzung da “abhängig” macht...!
Der “Kriegsausbruch” folgt also haargenau der Logik, die von den Ost-West-Rüstungskontroll-
verhandlungen her zur Genüge bekannt sein dürfte: *Wir* sind zu allem bereit, worauf es nur noch
30 ankommt, ist die *Nachgiebigkeit des Feindes*.

2. *Der* heißt für die BRD natürlich niemals “Argentinien” oder ähnlich. Solange es um solche
Fronten geht, darf man sich einerseits noch in ironisch eingefärbter Distanz zur
Kriegsentschlossenheit der Briten gefallen. Andererseits darf ein guter Deutscher den
Kriegsgründen seiner engsten Verbündeten auch in diesem Fall nicht völlig seinen Respekt
35 versagen. Denn wenn schon einer der besten Verbündeten etwas zum Kriegsgrund erklärt, dann
wird doch irgendwo und irgendwie schon *der Feind* mit im Spiel sein, auf dessen
Machenschaften die BRD sich als den *einzigsten* für sie in Frage kommenden Kriegsgrund
festgelegt hat. “Letztlich” sind die Russen eben doch an *allem* schuld, und wenn schon nicht
am Falkland-Krieg, dann doch um so mehr an der Gefahr, daß er *gefährlich* wird:

40 “...kann Argentinien Militärs in die Arme der Sowjetunion treiben...” “Was aber Gefechte
zwischen hochgezüchteten Raketenschiffen der Russen und Engländer im Atlantik bedeuten

würden, ist vorstellbar. Eine Verwicklung der USA und anderer NATO-Staaten wäre nicht auszuschließen.” (Süddeutsche Zeitung vom 15.4.)

3. also: Ein Anlaß wie die Besetzung der Malvinas plus der korrekte Feind macht
zusammengenommen die fraglose Selbstverständlichkeit, daß es *dann* natürlich *auch für die*
BRD ernst wird.

Diese Schlußfolgeung kann man dem staatsbürgerlichen Verstand auf die komplizierte Tour einhämmern oder auf die lapidare. Eine Glanztat der ersten Art sind die sprachpsychologischen Abwägungen zum Urwort “Krieg!” im Feuilleton der “Frankfurter Allgemeinen” vom 6.4., wo unter dem Schein einer Analyse der Falkland-Debatte im britischen Unterhaus und ihres öffentlichen Echos einige “archetypische Redeweisen” und elementare kriegerische Merksätze dezent in Erinnerung gebracht werden:

“...eine brillante kriegerische Rede des Oppositionsführers... Es ist der klassische Kriegsbeginn in England. Der Löwe kann noch brüllen und zeigt zumindest die Pranke der moralisch-politischen Empörung.”

“Es gibt hier auch nicht den intellektuellen Zynismus, der Patriotismus ausschließt und Pazifismus um jeden Preis empfiehlt.”

“...hat der plötzlich zu hörende englische Kriegsschrei die Psyche in Europa verändert: Nur moralische Schwächlinge - so heißt die Botschaft dieses herausfordernden Unterhauses - vermeiden unter allen Umständen Krieg. ... Während in Deutschland die Friedensbewegung das Wort Krieg zum ‚Unwort‘ machte und nicht nur in Literaturkreisen Polen möglichst nicht erwähnt wird, bilden englische Politiker jetzt eine eiserne Kette und sagen: ‚Krieg‘; und wissen: das heißt auch ‚Tote‘.”

Für das letztere lohnt sich eine Übersetzung in Klartext: Nicht, daß man *das Wort* “Krieg” nicht mehr zu buchstabieren wüßte, will der Feuilletonist der Friedensbewegung vorgeworfen haben - die hat es ja im Gegenteil erst wieder breit in die Zirkulation gebracht -, sondern daß die Vokabel nicht automatisch ein *Bekanntnis zur Sache* einschließt, so wie bei den bewundernswerten englischen Politikern, die die geplanten Leichen in Wahrheit natürlich nicht in Anführungszeichen setzen. Polen gehört deswegen in den Zusammenhang, weil der Feuilletonist den Schluß nahelegen möchte, das dortige Kriegsrecht könnte doch gut und gerne das Äquivalent zur Falkland-Besetzung für die BRD sein. Und die Literaten fallen ihm ein, weil er als Feuilletonist meint, um deren Sprachregelung drehte sich die Welt. Das ist zwar verrückt, gibt aber Aufschluß über die politische Absicht seiner schöngeistigen Einführung in die Abgründe des Wortes “Krieg”. (Der Herr heißt im übrigen Karl Heinz BOHRER.) Weiter im Text:

“Etwas, was in Deutschland inzwischen unvorstellbar ist, zeigte sich, daß man nämlich für ‚Prinzipien‘ stirbt und tötet.” Auch das mußte einfach mal wieder auf deutsch gesagt und “vorgestellt” werden. Schließlich: “Eine Nation des europäischen Westens, gewöhnt an den Wohlstand (?) und das psychologische Raffinement der aufgeklärten Zivilisation” (der Mann muß an Lady Di denken?), “sieht sich überraschend konfrontiert mit dem Verlust von vielen Menschenleben. Dieses ideologisch-psychologisch zu akzeptieren, setzt voraus, daß die Nation zu einem traditionellen Selbstverständnis zurückkehrt, dem die liberale Soziologie” (Pfui!) “für immer” (ha ha!) “den Abschied gegeben hatte.”

Auf denn!

Für den “normalen” Sachverstand geht dieselbe Botschaft schlichter: als sachliche Information darüber, womit die zuständigen Herrschaften in ihrem tiefen Verantwortungsbewußtsein bereits rechnen. “BILD am Sonntag” vom 11.4. zitiert aus dem “Daily Mirror”:

5 “Der Flugzeugträger ‚Invincible‘ habe Atomwaffen an Bord...”, die aber “noch nicht scharf gemacht worden seien. Sie würden nur für den Fall mitgeführt, daß ein sehr viel größerer Konflikt ausbrechen sollte.” Für den Fall ist aber alles in den besten Händen. Es handelt sich nämlich um “atomare Wasserbomben, die im Ernstfall von Hubschraubern abgeworfen werden können. Einer der Hubschrauberpiloten ist Prinz Andrew (22), Sohn der britischen Königin.”

Ja dann!